

Newsletter 07/09



Tag der Wirtschaft im Zeichen des Standortwettbewerbs

Der diesjährige Tag der Wirtschaft stand unter dem Motto «Verschärfter Standortwettbewerb – Chancen und Risiken für die Schweiz». economiesuisse-Präsident Gerold Bührer plädierte für eine wirtschaftlich offene Schweiz. Gastreferent Peter Brabeck-Letmathe, Verwaltungsratspräsident von Nestlé, brachte die Sicht eines weltweit erfolgreichen Schweizer Grossunternehmens ein. [mehr »](#)



Pascal Gentinetta
Direktor economiesuisse

IV-Zusatzfinanzierung als Schritt zur ausgabenseitigen Sanierung

Die Invalidentversicherung ist in einem desolaten Zustand. Jeden Tag verliert sie 4 Millionen Franken. Mittlerweile hat sich ein Schuldenberg von über 13 Milliarden Franken aufgetürmt. Die Zeche zahlt die AHV. Wird nichts unternommen, kann die AHV in zehn Jahren keine Renten mehr bezahlen.

Instabile Sozialwerke schaden unserem Wirtschaftsstandort. Deshalb ist es im Interesse der Wirtschaft, die IV endgültig zu sanieren und damit die Sozialwerke zu stabilisieren. Die befristete IV-Zusatzfinanzierung ist ein weiterer Schritt in Richtung einer nachhaltigen Lösung. Zum einen sichert sie AHV-Renten, indem sie die AHV von der IV entkoppelt. Zum anderen gibt sie der IV die erforderliche Zeit für die Umsetzung einer ausgabenseitigen Sanierung.

Klar ist: Die IV-Zusatzfinanzierung alleine löst die verbleibenden strukturellen Probleme der IV nicht. Sie ist Teil eines umfassenderen, glaubwürdigen Sanierungskonzepts und darf daher nur eine Übergangslösung sein. Wenn sie am 31. Dezember 2017 ausläuft, muss die ausgabenseitige 6. IV-Revision greifen und die erwarteten Defizite komplett auffangen. Bundesrat und Parlament stehen hier in der Pflicht: Eine Verlängerung der Befristung kommt für die Wirtschaft nicht in Frage.

Pandemie: Für Unternehmen ist Vorbereitung Pflicht

Unternehmen müssen sich auf die drohende Pandemie einstellen. Wie das geht, verraten die Website www.pandemia.ch, ein Handbuch zur Pandemievorbereitung sowie ein Fragen-Antworten-Katalog. economiesuisse unterstützt die zweckmässigen Massnahmen des Bundes. [mehr »](#)

Grafik des Monats: Defizite der IV gefährden die AHV

Vergütungssysteme: Internationale Abstimmung nötig!

economiesuisse unterstützt eine Regelung der Vergütungssysteme bei Finanzinstituten, die international abgestimmt ist und die unterschiedliche Verhältnisse berücksichtigt. Bereits der «Swiss Code for Corporate Governance» hält fest, dass falsche Anreize vermieden werden müssen. [mehr »](#)

Das neue Hochschulgesetz hat grosse Schwächen

Das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) soll den vom Volk angenommenen Bildungsartikel auf Hochschulstufe umsetzen. Trotz positiver Punkte ist das Gesetz in weiten Teilen ungenügend. [mehr »](#)

Unternehmensjuristengesetz stärkt Standort Schweiz

Das neue Unternehmensjuristengesetz soll schweizerischen Unternehmensjuristen ein Berufsgeheimnis einräumen. Dies erhöht die Attraktivität unseres Standorts für Konzernzentralen und Europa-Hauptquartiere international tätiger Unternehmen. economiesuisse unterstützt die Vorlage. [mehr »](#)

Kolumne aus Brüssel: Wo ist Maastricht geblieben?

Verbesserte Quartalsdaten der EU lassen aufhorchen

Die neusten Quartalszahlen der EU haben positiv überrascht. So ist die Wirtschaft nicht so stark geschrumpft wie befürchtet. In manchen Ländern, darunter Frankreich und Deutschland, hat die Wirtschaftsleistung sogar leicht zugelegt. Die Neuverschuldung bleibt ein Dorn im Auge. [mehr »](#)

Steuerharmonisierung: Höhere Steuern sind die Folge

Der Steuerwettbewerb ist ein wichtiger Standortfaktor. Er gewährleistet Effizienz und Innovation bei den Kantonsfinanzen. Der Qualitätswettbewerb zwischen den Kantonen kommt allen Bürgerinnen und Bürgern zugute. Eine Initiative der SP bedroht diesen Standortvorteil. Sie fordert Harmonisierung. Steuererhöhungen wären die Folge, zeigt eine Studie von Prof. Lars P. Feld. Die Steuerharmonisierung ist ein schlechtes Geschäft für die Schweiz. [mehr »](#)

Konservative Finanzpolitik auch in Krisenzeiten

Der Finanzmonitor 2009 zeigt: Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise verlangen die Stimmberechtigten vom Staat eine optimale Nutzung der vorhandenen Mittel, um die bestehenden Herausforderungen zu meistern. Defizite sollen weiterhin über Ausgabenkürzungen vermieden werden. Eine Neuverschuldung steht nicht zur Diskussion. [mehr »](#)

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Schweizer Fleisch-Fachverband

Ja zu erneuerbaren Energien – Nein zu Kostenexzessen

Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien soll bis 2030 mit über 350 Millionen Franken pro Jahr subventioniert werden. Nur mit Investitionen in kosteneffiziente Technologien ist das hoch gesteckte Ziel ohne Kostenexplosion erreichbar. [mehr »](#)

ITER: Der Weg zu ökologischer und ökonomischer Energie

Die Kernfusion gilt als Energiequelle der Zukunft. Nach dem Vorbild der Sonne werden beim Verschmelzen von Wasserstoff zu Helium grosse Energiemengen frei. In Südfrankreich wird seit Juni 2009 der Testreaktor ITER gebaut. Die Schweiz ist am ehrgeizigen Forschungsprojekt beteiligt. [mehr »](#)

KMU-Portrait: Aroma Productions – dreidimensionale Kommunikation im Raum

Designer Bankier-Präsident am Europa Forum Luzern

Zu einem Gipfeltreffen wichtiger nationaler sowie internationaler Exponenten aus Wirtschaft und Politik kommt es am 17. internationalen Europa Forum Luzern. Der Streitpunkt am 2. November: Steuern. [mehr »](#)

ICC Research Foundation

Welthandel und Beschäftigung, Vertrauen in die Marktwirtschaft und Verschiebungen in der Weltwirtschaft sind die Themen der aktuellen Projekte der neuen ICC Research Foundation. Ziel ist, die Debatte um Handel und Investitionen aktiv zu gestalten. [mehr »](#)

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 17 Seiten, 450 KB)

Agenda

- 15.09. Vernehmlassung: Revision des Lebensmittelgesetzes
- 21.09. Vernehmlassung: Güterverkehrsabkommen Schweiz - EU
- 27.09. Eidgenössische Abstimmungen
- 02.11. Europa Forum Luzern

Publikationen

- » Medienmitteilung Kampagne: Schweiz stärken - In schwierigerem Wirtschaftsumfeld auf bewährte Werte setzen
- » Medienmitteilung: Realistisches Ziel – für Detailregelungen zu früh
- » Medienmitteilung: Gesunde Sozialwerke sind im Interesse der Wirtschaft – Ja zur befristeten IV-Zusatzfinanzierung
- » Vernehmlassungsantwort: Verordnung zum Schutz vor Passivrauchen
- » Vernehmlassungsantwort: Arrival Duty Free
- » Herbstsession 2009: Sessionsvorschau
- » dossierpolitik: Totalrevision der Postgesetzgebung – nicht ohne Briefmarktförderung
- » dossierpolitik: Hochschulförderungsgesetz: Entwurf erfüllt Ziele nicht
- » dossierpolitik: Das neue Mehrwertsteuergesetz: einfacher, fairer, rechtssicherer
- » dossierpolitik: IV: Von befristeten Mehreinnahmen zur nachhaltigen Sanierung

Tag der Wirtschaft im Zeichen des Standortwettbewerbs

09.09.2009 17:00

Der diesjährige Tag der Wirtschaft stand unter dem Motto «Verschärfter Standortwettbewerb – Chancen und Risiken für die Schweiz». economiesuisse-Präsident Gerold Bühler plädierte für eine wirtschaftlich offene Schweiz. Gastreferent Peter Brabeck-Letmathe, Verwaltungsratspräsident von Nestlé, brachte die Sicht eines weltweit erfolgreichen Schweizer Grossunternehmens ein.



Angesichts der tiefen weltwirtschaftlichen Krise gab der Tag der Wirtschaft von economiesuisse Antworten auf die strategische Ausrichtung der künftigen schweizerischen Wirtschaftspolitik. Der Präsident von economiesuisse, Gerold Bühler, würdigte die Anstrengungen von Bund und Nationalbank, die wirtschaftliche Lage der Schweiz zu stabilisieren. Gleichzeitig erteilte er milliardenschweren, traditionellen Konjunkturprogrammen, verbunden mit gesetzgeberischem Aktivismus, eine Abfuhr. Bühler warnte vor der zunehmenden staatlichen Ver-

schuldung und sprach sich für eine langfristige, wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik aus. «Die Standortbedingungen müssen sowohl für grosse international ausgerichtete Konzerne als auch für KMU attraktiv sein. Nur ein Schulterschluss zwischen Grossen und Kleinen bringt uns weiter.»

Gastredner Peter Brabeck-Letmathe, Präsident des Verwaltungsrats der Nestlé AG, leitet ein globales Unternehmen mit Schweizer Wurzeln: Für Nestlé ist die Schweiz sowohl Holding- als auch Produktionsstandort. Vor dem Hintergrund der Übertreibungen im Finanzsektor erinnerte Brabeck daran, dass es Aufgabe eines Unternehmens wie Nestlé sei, langfristig nachhaltigen Wert zu schaffen. Brabeck glaubt, dass der Weg aus der Krise für Europa harzig sein wird. Er warnte aber vor Fehl- und Überregulierungen, die als Folgen der Krise drohen. Das gelte insbesondere für die anstehende Aktienrechts-revision, die einschneidende Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz haben könne. «Ein flexibles Unternehmensrecht ist der beste Garant für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort», so Brabeck.

Merz plädiert für ständige Optimierung des Wirtschaftsstandorts Schweiz

An der anschliessenden Gesprächsrunde nahm auch der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dr. Dieter Hundt, teil. Hundt ist ein ausgezeichnete Kenner der Schweizer Wirtschaft und vertritt die Ansicht, dass die Schweiz stolz darauf sein könne, zu den wettbewerbsstärksten Volkswirtschaften Europas zu zählen. «Im Vergleich zu Deutschland weist die Schweiz einige Standortvorteile auf. Vor allem die Unternehmensbesteuerung ist in der Schweiz unverändert attraktiver als in Deutschland», so der deutsche Arbeitgeberpräsident.

In Krisenzeiten ist der internationale Standortwettbewerb besonders ausgeprägt. Dies spüren Wirtschaft und Staat gleichermaßen. Bundespräsident Hans-Rudolf Merz plädierte am Tag der Wirtschaft für eine ständige Optimierung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Auch wenn die Schweiz im internationalen Vergleich sehr gut dastehe, seien Reformen, beispielsweise im Steuerbereich, laufend nötig. Er verwies auf anstehende Reformen des Bundes wie die Unternehmenssteuerreform III oder die Mehrwertsteuerreform. Merz sprach sich ebenfalls entschieden für offene Märkte und gegen Protektionismus aus. Zudem sprach er einer nachhaltigen Finanzpolitik das Wort.

Neue hochkarätige Persönlichkeiten im Vorstand und Vorstands-ausschuss

An der Mitgliederversammlung wurden elf Persönlichkeiten neu in den Vorstand gewählt: Christoph Brand (CEO Sunrise Communications AG), Hans-Peter Domanig (Präsident des Verbands Schweizerischer Generalunternehmen VSGU), Dr. Hans-Ulrich Dörig (Präsident des Verwaltungsrats Credit Suisse Group AG), Hans Hess (Vizepräsident Swissmem), Albert Kaufmann (General Counsel Richemont International SA), Alain Robert (Vice Chairman Wealth Management & Swiss Bank UBS), Kurt Rohrbach (Direktionspräsident BKW FMB Energie AG), Huub Savelkouls (Vice President Fiscal Affairs & International Trade Philip Morris International), Dr. Rolf Soiron (Verwaltungsratspräsident Holcim Ltd), Olivier Steimer (Verwaltungsratspräsident Waadtländer Kantonalbank), Dr. Thomas Wellauer (Mitglied der Konzernleitung Novartis AG). Folgende Persönlichkeiten wurden vom Vorstand neu in den Vorstands-ausschuss gewählt: Hans-Ulrich Dörig, Hans Hess, Rolf Soiron, Olivier Steimer und Thomas Wellauer.

Mehr Informationen:

urs.rellstab@economiesuisse.ch

Referat Hans-Rudolf Merz
Referat Gerold Bühler
Referat Peter Brabeck-Letmathe
Bildergalerie



Pandemie: Für Unternehmen ist Vorbereitung Pflicht

09.09.2009 16:59

Unternehmen müssen sich auf die drohende Pandemie einstellen. Wie das geht, verraten die Website www.pandemia.ch, ein Handbuch zur Pandemievorbereitung sowie ein Fragen-Antworten-Katalog. economiesuisse unterstützt die zweckmässigen Massnahmen des Bundes.

Die Bedrohung durch das H1N1-Virus (Schweinegrippe) hat uns die Gefahr und Auswirkungen einer Pandemie in Erinnerung gerufen. Die Wirtschaft trifft es mit voller Härte, wenn eine ansteckende Krankheit gefährliche Ausmasse annimmt: Das SARS-Virus im Jahr 2003 hat uns dies plastisch vor Augen geführt. Deshalb sollte jedes Unternehmen unabhängig vom Schweregrad der kommenden Pandemiewelle ein Notfallszenario bereithalten.

Unternehmen müssen einen Pandemieplan erstellen

Als Basis für die Pandemievorbereitung der Unternehmen gilt das «Handbuch für die betriebliche Vorbereitung». Vor allem kleinere Unternehmen finden hier genügend Informationen, um einen Pandemieplan zu erstellen. Für weitergehende Problemstellungen können die Branchenverbände geschäftsspezifische Informationen bereithalten. Allenfalls kann es für einzelne Unternehmen Sinn machen, einen Pandemieexperten als Berater beizuziehen. Fragen rund um das Arbeitsrecht werden von den FAQs «Pandemie und Betriebe» beantwortet. Dabei werden diverse rechtliche Situationen besprochen. Bereits die erste Antwort im Katalog stellt klar: Jedes Unternehmen muss einen Betriebspandemieplan erstellen.

Die wichtigsten Verhaltensregeln bei Pandemie

Folgende Handlungsregeln müssen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Pandemie beachten:

- Regelmässiges Händewaschen mit Seife
- Bei Husten, Niesen und Naseputzen Einwegtaschentücher verwenden
- Nach jedem Gebrauch eines Papiertaschentuches Hände waschen
- Mindestens einen Meter Abstand halten bei Personenkontakt
- Menschenansammlungen vermeiden

Auch wenn sich die Schweinegrippe für die Schweiz als harmlos herausstellen sollte, werden die Vorbereitungen nicht umsonst gewesen sein: Die nächste Pandemiewelle kommt bestimmt.

Mehr Informationen:

fridolin.marty@economiesuisse.ch

www.pandemia.ch

[Pandemieplan](#)

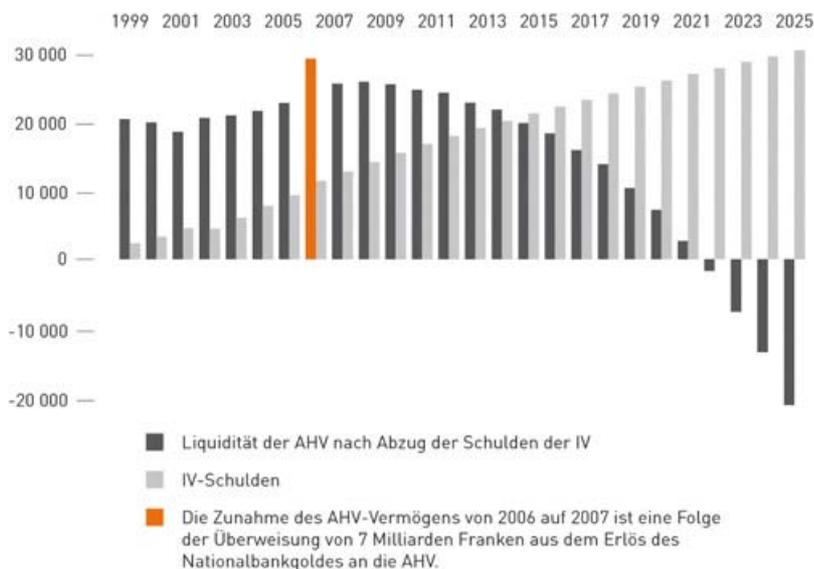
[FAQ](#)

Grafik des Monats: Defizite der IV gefährden die AHV

09.09.2009 17:00

Die Invalidenversicherung (IV) schreibt seit Jahren rote Zahlen. Ihre Defizite höhnen zunehmend das Vermögen der AHV aus. Wird der Geldabfluss nicht gestoppt, kann die AHV in wenigen Jahren die Altersrenten nicht mehr bezahlen. Um die AHV zu entlasten, muss die IV saniert werden.

Die Invalidenversicherung besitzt kein Vermögen. Für allfällige Defizite der IV muss die AHV mit ihrem eigenen Vermögen aufkommen, das eigentlich für AHV-Rentenzahlungen reserviert ist. In den 1990er-Jahren ist der Rentnerbestand der IV massiv gestiegen. Trotz Gegenmassnahmen, die im Rahmen der 4. IV-Revision ergriffen wurden, beträgt der jährliche Verlust der IV mittlerweile 1,1 Milliarden Franken. Hinzu kommen 360 Millionen Franken an Schuldzinsen: Die IV ist inzwischen mit über 13 Milliarden Franken bei der AHV verschuldet. Und die Schulden wachsen weiter. Zunehmend bedroht der Schuldenberg die Existenz der AHV. Wird die Invalidenversicherung nicht saniert, werden die Schulden der IV in zehn Jahren 25 Milliarden Franken betragen. Das Vermögen der AHV wird nicht mehr ausreichen, um Altersrenten zu bezahlen.



Sanierung trennt AHV und IV

Die Sanierung der IV erfolgt in drei Schritten. Im ersten Schritt ist es der 4. und 5. IV-Revision gelungen, durch Eingliederung behinderter Menschen in den Berufsalltag die Neurenten um 46 Prozent zu senken. Damit konnte das Defizit der IV stabilisiert werden. Um das Defizit ganz zu beseitigen und die AHV zu sichern, soll im zweiten Schritt die Mehrwertsteuer zugunsten der IV befristet von 2011 bis 2017 um 0,4 Prozentpunkte angehoben werden. Gleichzeitig erhält die IV einen eigenständigen IV-Ausgleichsfonds. Damit wird die IV von der AHV getrennt. Die AHV wird für allfällige Defizite der IV künftig nicht mehr aufkommen müssen. Erwirtschaftet die IV dagegen Überschüsse, muss sie diese automatisch an die AHV überweisen, um den bestehenden Schuldenberg abzutragen. Über die befristete Mehrwertsteuererhöhung stimmen Volk und Stände am 27. September ab.

Ausgabenseitige 6. IV-Revision

Ab 2018 muss die IV ohne Zusatzfinanzierung auskommen. Die 6. IV-Revision soll im dritten Sanierungsschritt Massnahmen zur nachhaltigen Ausgabenreduktion vorschlagen. Die 6. IV-Revision befindet sich bereits in Vorbereitung und soll in zwei Paketen 2012 und 2013 in Kraft treten. Ziel ist, die Rechnung der IV nach Ablauf der befristeten Zusatzfinanzierung langfristig auszugleichen.

Mehr Informationen:

christoph.schaltegger@economiesuisse.ch

Vergütungssysteme: Internationale Abstimmung nötig!

09.09.2009 17:00

economiesuisse unterstützt eine Regelung der Vergütungssysteme bei Finanzinstituten, die international abgestimmt ist und die unterschiedliche Verhältnisse berücksichtigt. Bereits der «Swiss Code for Corporate Governance» hält fest, dass falsche Anreize vermieden werden müssen.

Die Finanzmarktaufsicht (FINMA) will verhindern, dass Vergütungen Anreize für Risiken schaffen, welche die wirtschaftliche Stabilität gefährden könnten. Variable Vergütungen («Boni») sollen nur langfristig und unter Berücksichtigung sämtlicher Kosten für Risiken bezahlt werden. Betroffen von der Regelung sind vor allem Banken, Effekthändler, Versicherungen und Bewilligungsträger nach dem Kollektivanlagegesetz.

Regelung benachteiligt Schweizer Unternehmen

Die Risiken und Verhältnisse sind bei Versicherungen und Banken sehr unterschiedlich. Gleiches gilt auch für private Vermögensgesellschaften. Diesen Unterschieden trägt die FINMA zu wenig Rechnung. Sie regelt viele Einzelheiten, statt sich auf Prinzipien zu beschränken und geht über eingeführte Massnahmen im Ausland hinaus. Einzelne Bestimmungen sind zur Risikobegrenzung nicht nötig. Damit greift die FINMA zu stark in die Freiheit der Unternehmen ein. Der Kreis der Betroffenen muss stärker fokussiert werden. Die internationale Konkurrenz um Fachleute ist nach wie vor stark. Schweizer Unternehmen dürfen nicht benachteiligt werden. Eine bessere internationale Abstimmung ist notwendig.

economiesuisse fordert Überarbeitung

economiesuisse hat bereits im «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance» festgehalten, dass Vergütungssysteme falsche Anreize vermeiden müssen. Der «Swiss Code» hält Grundsätze fest, welche dabei zu beachten sind, darunter die Orientierung am langfristigen Erfolg. Entsprechend verlangt economiesuisse von der FINMA, dass die Regelung im Sinne unserer Kritik nochmals grundsätzlich überarbeitet wird.

Mehr Informationen:

thomas.pletscher@economiesuisse.ch

[Vernehmlassungsantwort](#)



Das neue Hochschulgesetz hat grosse Schwächen

09.09.2009 17:00

Das neue Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im Schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) soll den vom Volk angenommenen Bildungsartikel auf Hochschulstufe umsetzen. Trotz positiver Punkte ist das Gesetz in weiten Teilen ungenügend.

Das HFKG hat im Vergleich zum jetzigen System Vorteile: Eine erhöhte Kostentransparenz und eine einheitliche Qualitätssicherung und Akkreditierung erhöhen die Vergleichbarkeit der Hochschulen. Auch reduziert das Gesetz die organisatorische Komplexität, indem die Zahl der Koordinationsorgane zwischen Bund und Kantonen stark verkleinert wird. Reicht dies, um einen kompetitiven Hochschulraum Schweiz zu schaffen? Die Antwort ist klar: Nein!

Organisatorische Hürden und falsche Anreize

Das neue Gesetz besitzt zu viele Schwachstellen. So ist die Stellung der Kantone gegenüber dem Bund bei der Verteilung der Bundesgelder zu dominierend. Im höchsten Hochschulgremium stehen 26 Vertreter der Kantone einem Vertreter des Bundes gegenüber. Auch wenn dieser ein Vetorecht besitzt, faktisch wird es für ihn schwierig sein, sich in Sitzungen gegenüber dieser Übermacht zu behaupten. Zusätzlich wird auf die Exzellenz zu wenig Rücksicht genommen: Die Gelder werden zum grossen Teil anhand von Kostenkriterien verteilt. Dies ermutigt die Hochschulen, diese zu optimieren, anstelle auf Exzellenz zu setzen. Weit mehr als ein Schönheitsfehler ist auch die Tatsache, dass die Hochschulträger den Akkreditierungsrat wählen. Dies führt nicht nur dazu, dass die Hochschulen faktisch sich selbst akkreditieren. Aus protektionistischen Gründen können sie neuen und privaten Hochschulen eine Akkreditierung verunmöglichen.

economiesuisse verlangt grundlegende Überarbeitung des HFKG

Exzellenz, Autonomie und Marktorientierung müssen bei jeder Form der Hochschulpolitik im Vordergrund stehen. Dies ist beim jetzigen Entwurf des HFKG nicht der Fall. economiesuisse lehnt das HFKG in der vorgeschlagenen Form ab und fordert eine starke Überarbeitung des Gesetzes.

Mehr Informationen:

rudolf.minsch@economiesuisse.ch

philipp.bauer@economiesuisse.ch



Unternehmensjuristengesetz stärkt Standort Schweiz

09.09.2009 17:00

Das neue Unternehmensjuristengesetz soll schweizerischen Unternehmensjuristen ein Berufsgeheimnis einräumen. Dies erhöht die Attraktivität unseres Standorts für Konzernzentralen und Europa-Hauptquartiere international tätiger Unternehmen. economiesuisse unterstützt die Vorlage.

Heute können ausländische Konkurrenzunternehmen über ein ausländisches Gericht Zugang zu Informationen von Schweizer Firmen erwirken, die für sie nicht erhältlich wären, wenn das Berufsgeheimnis unserer Unternehmensjuristen geschützt wäre. Länder wie die USA, England, Irland, Spanien, Portugal, Australien, Südafrika sowie Länder Mittel- und Südamerikas kennen ein solches Berufsgeheimnis. Seine Einführung im Schweizer Recht kommt insbesondere international tätigen Schweizer Unternehmen entgegen. Von guten Standortbedingungen für solche Unternehmen profitieren auch unzählige KMU als Zulieferbetriebe.

Gesetzwidriges Verhalten wird unterbunden

Der Schutz der Kommunikation mit den Unternehmensjuristen ist auch ein Beitrag zur innerbetrieblichen Verhinderung gesetzwidrigen Verhaltens. Damit Unternehmensjuristen präventiv auf die Verhinderung von Gesetzesverstössen des Unternehmens einwirken können, sind sie auf Informationen über Risiken und Missstände angewiesen. Der Schutz der Kommunikation mit den Unternehmensjuristen erleichtert diesen Informationsfluss.

Notwendiger Schritt

Die Schaffung des neuen Gesetzes ist nötig, weil neben dem Berufsgeheimnis auch die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen definiert werden müssen, die zu seiner Beanspruchung berechtigen. Deshalb wäre nur eine Regelung in den schweizerischen Prozess- und Verfahrensordnungen für sich alleine ungenügend.

Mehr Informationen:

urs.furrer@economiesuisse.ch

[Stellungnahme](#)



Kolumne aus Brüssel: Wo ist Maastricht geblieben?

09.09.2009 17:00

Um die angeschlagene Wirtschaft mit umfangreichen Konjunkturprogrammen zu stützen, verletzen immer mehr EU-Staaten die Euro-Stabilitätskriterien. Die Neuverschuldung ist im Durchschnitt doppelt so hoch wie erlaubt. Die Schweiz, obgleich nicht in der Eurozone, hält die Kriterien ein.

Ironie des Schicksals: Ausgerechnet diejenigen EU-Mitglieder, welche seinerzeit die Stabilitätskriterien als Grundvoraussetzung für die Einführung des Euro verlangten, halten diese heute am wenigsten ein. Dies trifft insbesondere für Deutschland zu.

Erinnern wir uns: Die Maastricht-Kriterien verlangen, dass ein Mitglied der europäischen Währungsunion die jährliche Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte unter drei Prozent des BIP halten muss. Die Gesamtverschuldung darf dabei nicht mehr als 60 Prozent des BIP betragen, die Inflationsrate muss unter 1,5 Prozent bleiben.

Nur dank der Krise unterschreitet die Inflationsrate in den meisten EU-Staaten die Stabilitätsbedingung. Die jährliche Neuverschuldung ist heute durchschnittlich doppelt so hoch wie erlaubt. Die Folge davon: Die Gesamtverschuldung wird in der EU im nächsten Jahr 70 Prozent des BIP überschreiten. Nur wenige europäische Staaten sind heute noch in der Lage, die Maastricht-Kriterien einzuhalten. Eines von ihnen ist die Schweiz.

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch



Verbesserte Quartalsdaten der EU lassen aufhorchen

09.09.2009 17:00

Die neusten Quartalszahlen der EU haben positiv überrascht. So ist die Wirtschaft nicht so stark geschrumpft wie befürchtet. In manchen Ländern, darunter Frankreich und Deutschland, hat die Wirtschaftsleistung sogar leicht zugelegt. Die Neuverschuldung bleibt ein Dorn im Auge.

Die Wirtschaftsdaten der EU-Staaten sind im 2. Quartal weniger schlecht ausgefallen als erwartet. Das Bruttoinlandsprodukt ist in der Eurozone gegenüber dem Vorquartal nur um 0,1 Prozent, in der EU-27 um 0,3 Prozent gefallen. Auffällig dabei ist, dass das BIP Frankreichs, der Exportnation Deutschland, aber auch Portugals und Griechenlands um 0,3 Prozent gewachsen ist.

Unklar, ob Aufschwung oder Strohfeuer

Noch ist unklar, ob es sich dabei um einen Turnaround oder lediglich um ein Strohfeuer handelt. Die Konjunkturprogramme der europäischen Regierungen scheinen jedenfalls zu greifen. Ausserdem stimulieren die abgebauten Lagerbestände nun die Nachfrage. Nach neusten Prognosen wird das reale BIP für die EU-27 dieses Jahr um vier Prozent abnehmen und sich 2010 auf null Prozent stabilisieren. Gleichzeitig wird die Arbeitslosigkeit europaweit aber auf elf Prozent ansteigen.

Neuverschuldung bleibt ein Problem

Als Mühlstein um den Hals der europäischen Wirtschaft könnte sich jedoch die extreme Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte erweisen, wofür bislang weder die Kommission noch die einzelnen Mitgliedstaaten griffige Exitstrategien vorgelegt haben.

Mehr Informationen:

francois.baur@economiesuisse.ch

[Euroindikatoren](#)



economiesuisse

Steuerharmonisierung: Höhere Steuern sind die Folge

26.08.2009 16:04

Der Steuerwettbewerb ist ein wichtiger Standortfaktor. Er gewährleistet Effizienz und Innovation bei den Kantonsfinanzen. Der Qualitätswettbewerb zwischen den Kantonen kommt allen Bürgerinnen und Bürgern zugute. Eine Initiative der SP bedroht diesen Standortvorteil. Sie fordert Harmonisierung. Steuererhöhungen wären die Folge, zeigt eine Studie von Prof. Lars P. Feld. Die Steuerharmonisierung ist ein schlechtes Geschäft für die Schweiz.

economiesuisse setzt sich für eine effiziente Steuerpolitik und den Erhalt des Steuerwettbewerbs ein. Die zur Diskussion stehende SP-Steuerharmonisierungsinitiative («Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb») greift diesen wichtigen Pfeiler des schweizerischen direktdemokratischen und föderalen Systems an. «Durch die Initiative ist nicht nur die gute Stellung der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gefährdet. Sie ist gleichzeitig eine Offensive gegen ein wichtiges Element unseres Staatsverständnisses», betont Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse. Ein Steuerkartell in Form einer schweizweiten Mindestbesteuerung würde das Staatswesen verteuern, ohne zusätzliche Leistungen zu bringen.

Steuererhöhungen für mittlere Einkommen

«Die Initiative ist ein schlechtes Geschäft, das den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern nicht zu empfehlen ist», stellt Lars P. Feld, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, klar. Seine Analyse zeigt, dass der Steuer- und Leistungswettbewerb vorwiegend positive Auswirkungen auf die effiziente Bereitstellung und die Finanzierung öffentlicher Leistungen hat und politische Innovationen fördert. Ein «race to the bottom» findet in der Schweiz nicht statt. Vielmehr sind die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden in den letzten Jahrzehnten stärker gewachsen als die Wirtschaft. Der Steuerwettbewerb hat somit zu Mehreinnahmen geführt und dem Staat nicht geschadet. Laut Feld würden die steuerlichen Zusatzbelastungen der Initiative nicht nur die obersten Einkommen negativ treffen, sondern bis weit in den Mittelstand wirken. Mindestens die Hälfte der Kantone müssten ihre Steuersätze erhöhen. Das hätte auch Anpassungen im Tarifverlauf und somit Steuererhöhungen für mittlere Einkommen zur Folge.

Auch Thomas Staehelin, Kommissionspräsident für Finanzen und Steuern bei economiesuisse, befürchtet durch eine materielle Steuerharmonisierung Steuererhöhungen. Durch den Wegfall des Wettbewerbs fällt gerade für Hochsteuernkantone die Steuerbremse weg; «Steuererhöhungen wären die Folge», warnt Staehelin. Für die Schweizerinnen und Schweizer ginge damit ein Teil der Wahlfreiheit verloren.

Steuerwettbewerb mit klaren Regeln

«Der Steuerwettbewerb in der Schweiz verläuft längst nicht mehr ungehindert», hält Christoph Schaltegger, Leiter Finanzen, Steuern & Infrastrukturen bei economiesuisse, fest. Über den Neuen Finanzausgleich werden Disparitäten zwischen den Kantonen ausgeglichen. Gleichzeitig kennt die Schweiz eine formelle Harmonisierung der Steuerbasis, die eine Vergleichbarkeit der kantonalen Steuerpolitik und damit einen fairen Finanzausgleich schafft. Für die Schweiz hätte eine Steuerharmonisierung viele Nachteile. In einer globalisierten Welt wird die flexible Anpassung des Steuersystems immer wichtiger. Auf kantonaler Ebene lässt sich diese deutlich rascher umsetzen. Blockiert man die Kantone, blockiert man auch einen bedeutenden Standortfaktor der Schweiz: Die Initiative ist damit ein schlechtes Geschäft für alle!

Mehr Informationen:

urs.rellstab@economiesuisse.ch

Studie



economiesuisse

Konservative Finanzpolitik auch in Krisenzeiten

09.09.2009 17:00

Der Finanzmonitor 2009 zeigt: Auch in Zeiten der Wirtschaftskrise verlangen die Stimmberechtigten vom Staat eine optimale Nutzung der vorhandenen Mittel, um die bestehenden Herausforderungen zu meistern. Defizite sollen weiterhin über Ausgabenkürzungen vermieden werden. Eine Neuverschuldung steht nicht zur Diskussion.

Zum zweiten Mal veröffentlicht economiesuisse in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut gfs.bern die Ergebnisse der Umfrage zur finanzpolitischen Befindlichkeit. Damit wird den Stimmberechtigten eine Stimme gegeben. Der Finanzmonitor zeigt Schwankungen der finanzpolitischen Befindlichkeit.

Keine weiteren Schulden und Mehrausgaben

Bei der Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik befürworten 85 Prozent der Befragten in der Umfrage 2009 die Lösung bestehender Aufgaben ohne neue Einnahmen. Für eine Mehrheit ist es auch heute noch opportun, die Steuern präventiv zu senken, um den Spardruck auf die Ausgaben zu erhöhen. Eine Steuererhöhung kommt hingegen nur für eine kleine Minderheit in Frage.

Wie schon in der Umfrage von 2008 fordert mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten vom Staat, allfällige Überschüsse für den Schuldenabbau zu verwenden. Umgekehrt verlangen 74 Prozent der Befragten bei Defiziten Ausgabenkürzungen in der Haushaltskasse. Nur 18 Prozent finden es richtig, dass der Staat sich neu verschuldet. Steuererhöhungen, um Finanzlöcher zu stopfen, sind ebenfalls tabu. «Der Finanzmonitor bestätigt eine haushälterische und konservative Finanzpolitik in Krisenzeiten über die Parteigrenzen hinweg bis hin zum linken Lager», betont Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse.

Auch der Trend, wo gespart und wo mehr Geld ausgegeben werden soll, setzt sich in der diesjährigen Umfrage fort. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger fordern in erster Linie Sparmassnahmen im Asylwesen, gefolgt von Sparmassnahmen in der Armee und bei den Löhnen in der Verwaltung. Neu vom Spardruck erfasst werden die IV und das Gesundheitswesen. Auch hier sollen die entsprechenden Ausgaben den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Die Bereiche Bildung, Forschung und AHV bleiben laut den Stimmbürgern nach wie vor prioritär. Die Ausgabefreudigkeit sinkt aber in der Krise flächendeckend – besonders deutlich im Sozialbereich. Im Vergleich zum letzten Jahr gibt es nun keinen Aufgabenbereich mehr, bei dem ein finanzieller Ausbau mehrheitlich befürwortet wird.

Als glaubwürdigste Akteure in der Finanzpolitik bezeichnen sich auch bei der diesjährigen Umfrage die Stimmbeteiligten selbst. Die im Vergleich zum letzten Jahr schlechteren Umfragewerte für Bundespräsident Merz und für das Parlament als Ganzes lassen sich auf die Wirtschaftskrise zurückführen. Gleichzeitig haben aber Wirtschaftsverbände an Glaubwürdigkeit gewonnen. «Wenn Vertreter der Wirtschaft und der Arbeitnehmenden zulegen können, hat das vor allem eine Ursache: Sie gelten nicht als Verursacher der Krise, sondern vielmehr als Akteure, die sich für die Zukunft der Wirtschaft einsetzen», erklärt Claude Longchamp, Institutsleiter und Verwaltungsratspräsident des Forschungsinstituts gfs.bern.

Die Schuldenwirtschaft muss definitiv unter Kontrolle gebracht werden

Auch wenn der Bund dieses Jahr mit einem kleinen Überschuss rechnet, führt das starke Wachstum der Ausgaben zu milliardenhohen Defiziten in den Jahren 2010 bis 2013. Die durch den Bund eingeführte Schuldenbremse würde so bereits 2011 verletzt. «Um dieser besorgniserregenden Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es eine Nachhaltigkeitsregel für die Sozialwerke und eine spätere, konjunkturgerecht greifende Ausgabenüberprüfung», erklärt Pascal Gentinetta.

Mehr Informationen:

christoph.schaltegger@economiesuisse.ch

Finanzmonitor

Schwerpunkte unserer Mitglieder: Schweizer Fleisch-Fachverband

09.09.2009 17:00

Der SFF ist aus den Verbänden der Metzgermeister mit der Fleischindustrie hervorgegangen. Er ist damit die repräsentative Arbeitgeber- und Branchenorganisation für die gesamte Fleischwirtschaft.



Die Fleischbranche verwertet einen Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Endproduktion. Zusammen mit der Milchwirtschaft ist sie die bedeutendste Nahrungsmittelproduzentin aus einheimischen Rohstoffen. Der SFF setzt sich für die Akteure der Fleischbranche ein, indem er sie betrieblich fördert, für gute Rahmenbedingungen kämpft und

aktiv im Interesse der Verbandsmitglieder kommuniziert. Eine breite Palette kostengünstiger, auf die besonderen Bedürfnisse der Mitglieder zugeschnittener Dienstleistungen unterstützen die Unternehmen in ihrem betrieblichen Alltag. Sie umfassen die Aus- und Weiterbildung, Lösungen in der Privat- und Sozialversicherung, Angebote im Treuhandbereich und der Fachberatung, ebenso wie Hilfsmittel zur Verkaufsförderung und für das Beschaffungswesen.

Da die Fleischbranche sowohl im technischen als auch im wirtschaftlichen Bereich stark durch politische Entscheidungen von Bundes- und europäischen Behörden beeinflusst ist, hat die politische Interessenvertretung in der Verbandsarbeit einen hohen Stellenwert. Das Lebensmittelrecht, die Agrar- und Aussenhandelspolitik bilden dabei die Schwerpunkte.

Der SFF will eine leistungsfähige Primärproduktion im Inland als Basis für den Verarbeitungsstandort Schweiz. Er setzt sich für eine qualitativ hochstehende Produktion sowohl von Fleisch als auch von Fleischerzeugnissen ein. Angesichts der unausweichlichen Internationalisierung auch in der Nahrungsmittelwirtschaft sieht die Fleischbranche in einer europäischen Marktöffnung eine positive Entwicklung, sofern sie eine Teilliberalisierung vermeidet und die Standortbedingungen im Inland an die Bedingungen offener Grenzen anpasst. Der SFF bringt sich aktiv in die Diskussion der Spitzenverbände ein.

Mehr Informationen:

[Schweizer Fleisch-Fachverband](#)



Ja zu erneuerbaren Energien – Nein zu Kostenexzessen

09.09.2009 17:00

Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien soll bis 2030 mit über 350 Millionen Franken pro Jahr subventioniert werden. Nur mit Investitionen in kosteneffiziente Technologien ist das hoch gesteckte Ziel ohne Kostenexplosion erreichbar.

Der Bundesrat hat vier Stossrichtungen der Energiepolitik festgelegt. Darunter fällt neben dem Bau von Grosskraftwerken und der Förderung der Energieeffizienz auch der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Bis 2030 sollen 5,4 Milliarden Kilowattstunden Strom aus Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme und Wasser in Kleinkraftwerken erzeugt werden. Dies entspricht rund einem Fünftel der derzeitigen Stromerzeugung der Schweizer Kernkraftwerke. Finanziert wird die Förderung erneuerbarer Energien mit einem Aufschlag von maximal 0,6 Rappen pro Kilowattstunde verbrauchter Energie. Stromintensive Produktionsstätten werden von diesen Zusatzkosten teilweise entlastet.

Photovoltaik zugunsten günstigerer Energiequellen beschränkt

Diese Regelung gilt seit dem 1. Januar 2009. Von Anfang an war klar, dass das für 2030 gesetzte Ziel nur mit Investitionen in die innovativsten und kostengünstigsten Technologien erreicht werden kann. Das Parlament hat die Förderung der derzeit teuersten und am wenigsten effizienten Quelle, der Nutzung von Sonnenenergie mittels Photovoltaik, mengenmässig beschränkt. Dadurch sollen wesentlich kostengünstigere Technologien, die erst später zum Einsatz gelangen werden, noch über genügend Subventionsmittel verfügen.

Kosten dürfen nicht aus dem Ruder laufen

Von links-grüner Seite wird jetzt Druck gemacht, um diese vernünftigen Einschränkungen aufzuheben. Die Stromkosten würden dadurch vor allem bei Industrieunternehmen und KMU unkontrolliert steigen. economiesuisse setzt sich dafür ein, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen und die hoch gesteckten Ziele dennoch erreicht werden.

Mehr Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch



economiesuisse

Home > Aktuell > Newsletter > 07/09

ITER: Der Weg zu ökologischer und ökonomischer Energie

09.09.2009 17:00

Die Kernfusion gilt als Energiequelle der Zukunft. Nach dem Vorbild der Sonne werden beim Verschmelzen von Wasserstoff zu Helium grosse Energiemengen frei. In Südfrankreich wird seit Juni 2009 der Testreaktor ITER gebaut. Die Schweiz ist am ehrgeizigen Forschungsprojekt beteiligt.

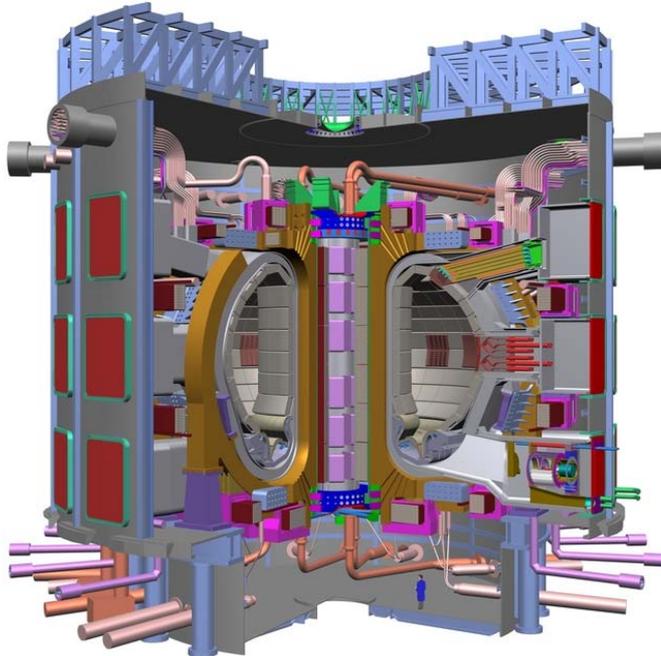
Der Energiebedarf der Menschheit steigt und steigt. Angesichts sinkender Vorräte an fossilen Brennstoffen und zunehmender CO₂-Belastung wird der Ruf nach einer unerschöpflichen, sauberen und wirtschaftlichen Energiequelle laut. Die Kernfusion verspricht sämtliche dieser Bedingungen zu erfüllen. Im südfranzösischen Cadarache wird zurzeit unter Schweizer Beteiligung der erste Fusionsreaktor gebaut, vorerst ausschliesslich zu Forschungszwecken. Sein Name: ITER.



Modellaufnahme von ITER

Ein Gramm Wasserstoff ersetzt acht Tonnen Erdöl

Auf Latein bedeutet ITER «der Weg». Nach dem Vorbild der Sonne wird bei der Kernfusion Wasserstoff zu Helium verschmolzen. Dabei setzt ein Gramm Wasserstoff etwa dieselbe Menge Energie frei, wie die Verbrennung von acht Tonnen Erdöl oder elf Tonnen Kohle. Um die Kernreaktion zu starten, müssen die Wasserstoffkerne in einem Magnetfeld auf mehrere Hundert Millionen Grad Celsius erhitzt werden. Die Technologie ist dennoch sicher: Bricht das Magnetfeld, in dem die Wasserstoffatome kochen, zusammen, kühlt das Gasgemisch augenblicklich ab und die Kernreaktion bricht ab. Forscher schätzen, dass die Kernfusion etwa zehnmal mehr Energie freisetzen wird als die Anlage zum Erhitzen der Kerne verbraucht.



Der Fusionsreaktor von innen

Kommerzielle Nutzung frühestens ab 2050

ITER wird als gemeinsames Forschungsprojekt von acht gleichberechtigten Partnern entwickelt, gebaut und betrieben. Neben der Schweiz sind dies die EU, Japan, Russland, China, Südkorea, Indien und USA. Die Kosten des ITER-Projekts belaufen sich auf rund 12 Milliarden Euro. Mit dem Bau wurde 2009 begonnen. Der Reaktor soll 2018 den Betrieb aufnehmen und 20 Jahre laufen. Nach erfolgreichen Experimenten und dem Beweis, dass Energiegewinnung mittels Fusion machbar und wirtschaftlich ist, soll ein erstes Fusionskraftwerk (DEMO) gebaut werden, welches Kriterien der Wirtschaftlichkeit erfüllen muss. Das erste reguläre Fusionskraftwerk könnte nach 2050 entstehen.

Am 28. September 2009 findet in Bern eine Informationstagung zum ITER-Projekt statt.

Mehr Informationen:

urs.naef@economiesuisse.ch

KMU-Portrait: Aroma Productions – dreidimensionale Kommunikation im Raum

09.09.2009 17:00

Aroma Productions AG ist führend auf dem Gebiet der dreidimensionalen Kommunikation. Die Zürcher Firma entwirft und produziert individuelle Kreationen, um Produkte und Marken ihrer Kunden am Point of Sale ausdrucksvoll zur Geltung zu bringen.

Aroma Productions AG – wer den Namen hört, denkt sofort an einen industriellen Hersteller von Geruchsstoffen. «Das sind wir nicht», lacht Jeannette Bours, die Geschäftsführerin von Aroma. «Das Ambiente ist unser Geschäft.» Aroma gestaltet Räume, in denen sich Marken, Produkte und Firmen präsentieren können. Die Kundenliste ist lang: Neben vereinzelt KMU haben Unternehmen wie Credit Suisse, SWISS, Kitag, Nokia oder Microsoft ihren Liveauftritt von Aroma entwerfen lassen. Auch das Konzept und die Ausstattung für die Schweizer Premiere des jüngsten James-Bond-Abenteuers «A Quantum of Solace» stammt von Aroma.

«Aroma ist führend in der dreidimensionalen Kommunikation», sagt Jeannette Bours. Damit sind kreative, ergebnisreiche und besucherfreundliche Ausstattung und individuelle markenkonforme Entwicklungen gemeint. So hat Aroma für SWISS einen Stand entworfen, mit dem die Airline auf Fachmessen ihre neue komfortablere Business Class präsentieren kann. Für Credit Suisse hat die Designschmiede im Zürcher Lichthof eine Installation realisiert, um das Fussball-Sponsoring der Bank zu veranschaulichen. Für die Kinokette Kitag gestaltet Aroma die Inneneinrichtung und kreierte unter anderem auch ein speziell auf die Zielgruppe Frauen ausgerichtetes Raumgestaltungskonzept.



Das Kitag-«Frauenkino» in Zürich

Umsetzbarkeit im Mittelpunkt

Gegründet wurde Aroma Productions im 1995 von Lukas Meier. Mittlerweile beschäftigt die Zürcher Firma 45 Mitarbeiter und kann je nach Bedarf auf einen Pool von 70 Freelancern zurückgreifen. Umsetzbarkeit der Ideen steht bei Aroma im Mittelpunkt. Deshalb verwundert es nicht, dass zwei Drittel der Mitarbeiter einen technischen Beruf ausüben: Architekt, Schreiner, Dekorationsgestalter, Hochbauzeichner, etc. Gemeinsam mit Grafikern und Designern suchen sie nach individuellen Lösungen, die sich innerhalb der Budgets realisieren lassen. Anders als die Mitbewerber verfügt Aroma über das Know-how, um sämtliche Prozessschritte ausführen zu können. In Absprache mit dem Kunden werden die Designprodukte entworfen, in den firmeneigenen Werkstätten hergestellt, mit eigenen Fahrzeugen an den Einsatzort transportiert, installiert und, wenn erforderlich, gewartet. «Indem wir Schnittstellen beseitigen, verringern wir die Reibung und damit die Kosten», erklärt Bours. «Nur so können wir langfristig konkurrenzfähig bleiben.»



Aroma-Mitarbeiter produzieren das Interieur eines temporären Hospitality-Baus

Preisdruck aus dem Ausland

Rund 80 Prozent der Kunden sind wiederkehrend. In den vergangenen Jahren erwirtschaftete Aroma 10 – 12 Millionen Franken Umsatz. Infolge der Wirtschaftskrise dürfte der Umsatz im 2009 etwas zurückgehen. «Wir müssen das Ausland im Auge behalten», gesteht Bours. Produktion und Montage seien in Deutschland massiv günstiger als in der Schweiz. Jeannette Bours bleibt jedoch optimistisch: «Solange unsere Lösungen kreativ sind, die Kunden überzeugen und wir die Kosten im Griff behalten, ist unser Wachstum nicht gefährdet.»

Mehr Informationen:
[Aroma Productions AG](#)



Designierter Bankier-Präsident am Europa Forum Luzern

09.09.2009 17:00

Zu einem Gipfeltreffen wichtiger nationaler und internationaler Exponenten aus Wirtschaft und Politik kommt es am 17. internationalen Europa-Forum in Luzern. Der Streitpunkt am 2. November: Steuern.

Neben dem neuen Präsidenten der Schweizerischen Bankiervereinigung, Patrick Odier, werden sich der Liechtensteinische Regierungschef Klaus Tschütscher, Bundesrat Hans-Rudolf Merz sowie ranghohe Vertreter der EU in Luzern über die aktuellen Steuer-Entwicklungen äussern. Es steht viel auf dem Spiel: national wie international geht es um Standortvorteile, Steuerprivilegien, Steuerhöhen und das Bankgeheimnis.

Deeskalation oder nur Verschnaudpause?

Diesen Herbst stehen für die Schweizer Wirtschaft wichtige Steuerentscheide an. Die Schweiz steht unter Druck, sowohl innenpolitisch als auch aus der Richtung der EU. Ein schwieriger Mehrfronten-Dialog, dessen Ausgang noch völlig offen ist. Wer sich über die neusten Entwicklungen auf dem nationalen und internationalen Steuerparkett von Experten aus erster Hand informieren will, darf auf keinen Fall das Symposium des Europa Forum Luzern vom 2. November 2009 verpassen.

17. Internationales Europa Forum Luzern, Montag, 2. November 2009,
Symposium (10 bis 17.45 Uhr)
Eintritt CHF 280.00 / € 185.00,
Öffentlicher Abend mit Gratis-Eintritt (18.20 bis 20.30 Uhr).

Mehr Informationen:

[Europa Forum Luzern](#)

041 660 96 19

suter@kommunikationswerkstatt.ch



ICC Research Foundation

09.09.2009 17:00

Welthandel und Beschäftigung, Vertrauen in die Marktwirtschaft und Verschiebungen in der Weltwirtschaft sind die Themen der aktuellen Projekte der neuen ICC Research Foundation. Ziel ist, die Debatte um Handel und Investitionen aktiv zu gestalten.

Die ICC Research Foundation (ICCRF) wurde Anfang 2009 in Genf von der International Chamber of Commerce (ICC) ins Leben gerufen. Sie will mit unabhängigen Arbeiten zur weltweiten Debatte über den Nutzen von Handel und Investitionen beitragen. Die Gremien der Research Foundation sind hochkarätig besetzt. Peter Brabeck-Letmathe (Nestlé), Michael Spence (Hoover Institution und Stanford University), Viktor K. Fung (Li & Fung Gruppe), Rajat Gupta (McKinsey) und Marcus Wallenberg (SEB, Saab und Electrolux) sitzen im Stiftungsrat. Den internationalen Beirat bilden neben dem Vorsitzenden Peter Sutherland (Goldman Sachs), John H. Jackson (International Institute for Economic Law an der Georgetown University) und Mario Monti (Bocconi-Universität Mailand).

Experten diskutieren aktuelle Themen

Unterstützt von der ICCRF diskutierten Ende August bei der WTO 30 Forschende die Beziehung zwischen Welthandel und Beschäftigung. Dabei wurden Schwerpunkte für künftige Arbeiten identifiziert. Die Zukunft der Marktwirtschaft angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise steht im Zentrum eines Workshops, der im Oktober an der Harvard University stattfindet. Basierend auf Forschungsprojekten und Fallstudien sollen Empfehlungen für das Handeln von Regierungen, internationalen Organisationen und Wirtschaft diskutiert werden.

Verschiebungen im Welthandel

Die Entwicklungen in den aufstrebenden BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China) haben die politischen und wirtschaftlichen Gewichte auf der Welt verschoben. Die möglichen Auswirkungen auf das multilaterale Welthandelssystem stehen im Zentrum von Arbeiten der «Evian Group» an der IMD Business School in Lausanne.

Mehr Informationen:

thomas.pletscher@icc-switzerland.ch

[ICC Research Foundation](#)